

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und



alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend  
Anzeigenpreise laut anliegenden Tarif Nr. 4. - Nachweilungsgebühr: 20 Pf. -

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 298 - 93. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Tageblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Sonnabend, den 22. Dezember 1934

## Wirtschaftliche Einsicht

### „Die Hamsterei ist verschwunden.“

Dr. Goerdeler über die Auflockerung der Preispolitik.  
Vor Pressevertretern äußerte sich der Reichskommissar für Preisüberwachung, Dr. Goerdeler, über seine Tätigkeit in Vergangenheit und Zukunft. Er führte u. a. folgendes aus:

Die Hamsterei ist verschwunden. Ebenso erfreulich ist, daß die gleitende, beinahe schon automatisch sich vollziehende Preissteigerung, die eine Begleiterscheinung von Angst- und Hamsterkäufen ist, einer Stabilisierung der Preise gewichen ist, selbstverständlich mit Ausnahmen, die da nicht zu verhindern sind, wo vorübergehend gewisse Mangelerscheinungen auftreten können. Auf Grund dieser Tatsachen sind die Wirtschaftsverbände vielfältig bei mir vorstellig geworden mit der Bitte, ich möchte gerade zur Weihnachtszeit zu einem Kaufen in der Bevölkerung aufrufen. Es sind so starke Zurückhaltungen der Käufer bemerkbar geworden, daß man in der Wirtschaft eine gewisse Besorgnis hat, diese Zurückhaltung könne zu weit gehen und sich schließlich bis in die Produktionsstätten fortsetzen und dort zu Arbeitsmangel führen. Es ist dies ein Anzeichen dafür, wie hart der

Umschlag von der Hamsterei in die ruhige Überlegung  
gewesen ist. Ich habe auf diese Wünsche hin erklären müssen, daß ich mich zu einer solchen Aufforderung nicht entschließen könne.

Ich müsse es dem gesunden Sinn des deutschen Volkes überlassen, was zu kaufen, was es für notwendig halte, um so allmählich wieder das richtige Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage sich einschaufeln zu lassen. Dabei bin ich überzeugt, daß in der Weihnachtszeit keiner in der letzten Annahme, es könnten gewaltige Revolutionen auf dem Gebiete der Preise stattfinden, sich von Einkäufen derjenigen Sachen abhalten läßt, die er zum Weihnachtsfest für sich oder seine Angehörigen gern haben möchte.

Das Ziel der Preisüberwachung ist, Ruhe zu schaffen, weiteren Preissteigerungen vorzubeugen, offenbar überhöhte Preise - was geschehen ist - sofort zu beseitigen und im übrigen

die gesamte Preispolitik in der Wirtschaft elastisch zu machen.

Nicht vollkommen klar ist die Situation für alle Beteiligten in der Wirtschaft selbst, selbst auf dem Gebiet des Einzelhandels. Die Schuld bei etwaigen Übersehnungen, von denen aus dem Lande berichtet wird, liegt gemeinhin nicht beim Einzelhandel, sondern vielmehr an der überaus starken Komplexität der für die Errechnung der Preise geltenden Vorschriften. Wir haben uns deshalb auch sehr stark damit beschäftigt, hier eine größere Einfachheit und Übersichtlichkeit zu erzielen. Das unter tätiger und dankenswerter Anteilnahme des Reichswirtschaftsministeriums herbeigeführte Ergebnis liegt nunmehr vor. Diesem sollen im Januar weitere Vereinfachungen folgen. Es sind Richtlinien über die Preisrechnung innerhalb der Einzelwirtschaft. Sie gehen davon aus, daß vor allem dafür gesorgt werden soll, eine

gleichmäßige Preisgestaltung im ganzen Lande und in den einzelnen Orten herbeizuführen. Zu diesem Zweck soll unter Sicherstellung einer offenen Kalkulation, die jederzeit nachprüfbar ist, in den Fabriken sowohl wie im Großhandel stärker als bisher von einer Mischung der Preise Gebrauch gemacht werden. Das soll sich sowohl auf die Mischung von Rohstoffen, die zu verschiedenen Preisen eingeführt werden, als auch auf die Mischung von Qualitätspreisen beziehen.

Ziel soll sein, im Preis möglichst gleichbleibend, auch sich an den alten Preis möglichst anlehnend, Konsumwaren sicherzustellen und dafür lieber in Kauf zu nehmen eine etwas härtere Preiserhöhung, die bei den höhergeordneten Bedarfsgegenständen das ausgleicht, was bei der Konsumware zugelegt wird.

Es sind ferner Bestimmungen getroffen, die eine gewisse Rechtsicherheit innerhalb der Einzelwirtschaft selbst herbeiführen. U. a. wird für künftige Abschlüsse festgelegt, daß Abschlüsse in die Luft hinein nicht mehr erfolgen dürfen, sondern

nur Abschlüsse auf Waren, Rohstoffe, mit deren Eingang und Preisgestaltung gerechnet werden kann und die übersichtlich sind.

Eine sehr wichtige Notwendigkeit liegt darin, das Preisgebäude in der deutschen Wirtschaft elastischer zu gestalten. Als erster Schritt auf diesem Gebiet ist, wie bekannt, die Annahme von Preisbindungen eingeleitet,

die seit dem Juli 1933 vollzogen sind. Bis jetzt liegen Anmeldungen in Höhe von rund 1600 vor, die aber mehr als 1600 Warenkategorien erfassen.

Es schwebt mir vor und hat schon bestimmte Gestalt angenommen, daß die Marktregelung unter harter Beträumung der Wirtschaft mit Selbstverwaltungsstrukturen erfolgen soll. Der wesentlichste in diesem Aufbau in Betracht kommende Träger dürfte die Fachgruppe sein. Bei der Beträumung der Fachgruppe, die allmählich unter Ausnutzung von Erfahrungen erfolgen wird, mit solchen Marktregelungen mit dem Ziel elastischer Preisgestaltung, wird gleichzeitig das Ziel verbunden,

überorganisations durch eine Überbildung von Verbänden zu beseitigen

und die ganze Verwaltung möglichst an einzelnen Stellen zusammenzuführen. Der Staat wird sich dann dieser Selbstverwaltung der Wirtschaft gegenüber beschränken auf die Beaufsichtigung in allen wichtigen für das Gesamtwohl des Volkes und seiner Wirtschaft besonders bedeutungsvollen Entscheidungen und Einschüpfungen.

Dr. Goerdeler ging dann im einzelnen auf die Verordnung über Wettbewerb ein und fuhr fort: Die Entsehung der Preise kann nur langsam vor sich gehen unter Sicherung gegen solche, die glauben, ihre Preise auf Kosten anderer, nämlich der Gläubiger usw., senken zu können.

Zu diesem Antrage soll aber der Wettbewerb unter anständigen, zuverlässigen und tüchtigen Betreibern in freierer Weise, als bisher durch die Preisbindungen der Wirtschaft in Zukunft Platz greifen und damit jene Elastizität in der Preisgestaltung herbeiführen, die eine unerläßliche Voraussetzung für ein Selbstleben der wirtschaftlichen Apparate in dem Moment wird, wo das Maß der öffentlichen Aufträge eine fühlbare Einschränkung erleidet.

Die Lage auf wirtschaftlichem Gebiet ist etwa der Situation zu vergleichen, vor die sich der preussische Staat zu Anfang des 19. Jahrhunderts gestellt sah, als es galt, aus einer Erstickung des staatlichen Apparates in Vorschriften herauszukommen und die lebendigen schöpferischen Kräfte des gesamten Volkes mitwirken zu lassen. Vor

dieser Aufgabe stehen wir heute auf wirtschaftlichem Gebiet. Ich bin überzeugt, daß es bei allseitigem guten Willen gelingen wird, auch auf dem Gebiete überprüfter Marktregelungen die Wirtschaft von den unangenehmen Begleiterscheinungen zu befreien, unter denen sie heute leidet. Diese Marktregelung wird auch auf anderen Gebieten in der Richtung betrachtet werden, daß überflüssige und umständliche Warenwege und -verkettungen ausgeschaltet werden.

### Regelung des Wettbewerbs.

Eine Verordnung des Preiskommissars.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat eine Verordnung erlassen, in der es heißt:

Preise, die der Kaufkraft des Volkes entsprechen, entwickeln sich bei genügendem Angebot von Waren und Leistungen am sichersten und zuverlässigsten auf der Grundlage eines gesunden Wettbewerbs, der aber die Sicherung der Ernährung aus heimischer Scholle niemals beeinträchtigen darf. Außerdem kann Wettbewerb in Zeiten, in denen die Produktionsstätten und der Handel des Landes nicht in vollem Umfange ausgenutzt sind, die Gefahr heraufbeschwören, daß im Wettstreit Preise verlangt werden, aus denen Steuern und Löhne nicht gezahlt, die Gläubiger nicht befriedigt werden können.

Um die Grundlage für einen auf Leistung und Verantwortungsbewußtsein gegründeten Wettbewerb zu schaffen und damit den für die Volkswirtschaft besten Preis nach Möglichkeit zu sichern, wird verordnet:

Wer unter unlauterer Ausnutzung seines Kredites oder böswilliger Klüftung seiner Verpflichtungen gegenüber dem Staate, der Gesellschafter seines Betriebes oder seinen Gläubigern in gemeinschaftlicher Weise Güter oder Leistungen zu Preisen anbietet, die seine Selbstkosten nicht decken können und den Anforderungen einer ordnungsmäßigen Wirtschaft widersprechen, wird mit Gefängnis und mit Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder mit einer dieser Strafen bestraft; die Strafverfolgung tritt nur ein, wenn der Schuldner seine Zahlungen eingestellt hat oder wenn über sein Vermögen das Konkursverfahren eröffnet worden ist.

Die gesetzlichen Vorschriften über unlauteren Wettbewerb und die Strafbestimmungen der Konkursordnung bleiben unberührt.

## Göring über die innere Lage Deutschlands

### „Eine einigere Regierung gibt es nicht in ganz Europa.“

Bedeutende Erklärungen Görings.

Der preussische Ministerpräsident General Göring gewährte einem Sonderberichterstatter des englischen Reutersbüros dieser Tage eine Unterredung, in der er vor allem auf die deutsch-englischen Beziehungen sowie auf Luftfahrtfragen zu sprechen kam.

Ministerpräsident Göring erklärte u. a.: „Das deutsche Volk hat die größte Achtung und Freundschaft für das britische Volk, mit dem es durch Bande des Blutes verbunden ist. Es ist sein dringender Wunsch, daß England und Deutschland in einem Verhältnis fester und christlicher Freundschaft verbleiben, natürlich auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Und das ist auch mein Wunsch für das Jahr 1935.“

Göring unterstrich dann noch einmal Deutschlands Friedenswillen. Er sagte weiter auseinander, daß jede Furcht vor der deutschen „Luftbedrohung“ in England sinnlos sei, denn Deutschland habe, vom militärischen Standpunkt aus gesehen, gar nicht die technischen Mittel, um einen Luftangriff durchzuführen. „Natürlich“ - so bemerkte der Reichsluftfahrtminister - „haben wir einige Versuchsmaschinen, aber davon zu sprechen, daß Deutschland Hunderte von Militärflugzeugen besitzt, ist lächerlich.“

Auf die Frage, ob die Verkehrsflugzeuge der Luftflanz leicht in Kriegsflugzeuge umgewandelt werden könnten, antwortete der Ministerpräsident, daß er seine Ansicht über diesen Punkt häufig dargelegt habe. Als alter Flieger wisse er, daß

Zivilflugzeuge unmöglich in brauchbare Kriegsmaschinen umgewandelt werden können.

Er betonte weiter, obwohl im Augenblick kein Luftangriff auf Deutschland zu befürchten ist, so kann man doch nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß Deutschland von Wölfen umgeben ist, die sowohl zu Lande als auch in der

Luft bis an die Bühne bewaffnet sind, und das mache Maßnahmen passiven Luftschutzes unerlässlich.

Auf die Innenpolitik übergehend, erklärte General Göring: „Ich lege meine Hand dafür ins Feuer, daß die SA, wie immer begeistert und bedingungslos hinter dem Führer steht. Eine Wiederholung des 30. Juni ist nicht möglich, denn die SA und SS sind ein einheitliches Ganzes und stehen blind ergeben hinter der Regierung.“ Göring sagte, ebenso fest sei er davon überzeugt, daß das Volk zur nationalsozialistischen Regierung halte, und daß 90 Prozent der Wählerschaft in jeder lebenswichtigen Frage wiederum für die Regierung stimmen würde.

Der Ministerpräsident erwähnte als Beispiel für die Volkstüchtigkeit der Regierung die Rundgebungen, die ihm und anderen nationalsozialistischen Führern vom Volke ständig bereit werden, wenn sie sich in der Öffentlichkeit zeigen, und fügte hinzu, daß er

neulich beinahe totgedrückt worden sei, als er für die Winterhilfe gesammelt habe. „Unzufriedene Leute feiern keine Männer, die sie nicht schätzen!“

„Der Streit in der Evangelischen Kirche, von dem sich der Staat vollkommen fernhält, ist in Wirklichkeit ganz anders, als er vielfach dargelegt wurde. Der Streit ging zu einem gewissen Grade auf die Nachgelassene gewisser Persönlichkeiten zurück, die eine heimliche Opposition zu bilden versuchten.“

Die Regierung mischt sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Kirche.

Sie schätzt das Christentum und überläßt es jedem, nach seiner eigenen Passion selig zu werden. Die Regierung schätzt aber diejenigen sehr wenig, die versuchen, den kirchlichen Meinungsstreit zu verschärfen und auf diese Weise ihre „christliche Nächstenliebe“ zu beweisen.

General Göring erwähnte, daß kürzlich eine Anzahl von Parteigenossen und SA-Männer verhaftet worden seien. Er betonte aber, daß diese Männer keiner politischen Vergehen schuldig gewesen seien, sondern daß sie das bürgerliche Recht verlegt hätten und daher auf dem gewöhnlichen Wege bestraft würden. Der frühere